

Sozialistische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 225

Jahrgang 213

Bezugspreis: Für Heft und auswärts Bezüge monatlich M. 6,00, vierteljährlich M. 18,00 fern Post. Durch die Post bezogen jährlich poln. Schillinge.
Verlagsstelle Halle-Saale: Feigler Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postbezeichnung: Feigler 20812.

Morgenausgabe

Dienstag, 1. Juni

Anzeigenpreis: Die Spalte 34 mm breit mm-Zeilenpreis 60 Pf. Die Spalte 20 mm breit mm-Zeilenpreis 80 Pf. Neben nach Tarif, Zeitungsstellen Halle-Saale.
Verlagsstelle Berlin: Sternburger Str. 30, Fernruf zum Kurirer Nr. 9890. — Elementar Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Ehle, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

- * In Kiel und Wilhelmshaven ist die Uebernahme des Dienstes durch die vom Reichswehrminister bestimmten Offiziere getrenn planmäßig erfolgt.
- * In Prag fanden jüdische Kundgebungen die polnische Uebergriffe in Ober-Schlesien statt.
- * Die Moskauer Räteregierung hat den Vertrag für den Frieden mit Litauen und Litauen in Dorpat am 10. Juni angenommen.
- * Die Japaner haben sich bereit erklärt, ihre Truppen von der Schantungbahn zurückzuführen.

Bürgerliche Wahlerfolge in Gotha

Starke Verluste der Demokraten und Mehrheitssozialisten.
Gotha, 31. Mai.
Die gestrigen Landtagswahlen zeigten einen erheblichen Zuwachs an Stimmen für die rechtsstehenden Parteien und einen starken Verlust für Demokraten und Sozialdemokraten sowie der Sozialisten. Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Wahlergebnis erzielte die Deutsche Volkspartei 12 686, die Deutsche nationale Volkspartei 4217, der Bauernbund 21 412, die Demokraten 7623, die Mehrheitssozialisten 8295 und die Unabhängigen 87 899 Stimmen. Bei der vorigen Wahl hatten die Unabhängigen 43 126, die Mehrheitssozialisten 7706, die Demokraten 18 100 und die Rechtsstehenden, einschließlich Bauernbund, 16 414 Stimmen. Es liegt also ein starker Verlust für Sozialdemokraten und Demokraten vor, welcher zum Teil nicht zurückzuführen ist dürfte, daß diesmal der Bauernbund weitgehend mit einer eigenen Liste hervortrat und so den linksstehenden Parteien viel Stimmen abgenommen hat, welche bei der vorigen Wahl unter dem Eindruck des verlorenen Krieges verloren gingen. Darüber hinaus möchte sich aber bei den Wählern ein starkes Abweichen von den Unabhängigen bemerkbar. So wählten sie z. B. in dem stark rüstungslosen Amtsbereich Zellia-Wertheis 1130 Stimmen. An Mandatanten der einzelnen Parteien: Deutsche Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 3), Deutsche nationale Volkspartei 1 (im vorigen Jahre ebenfalls 3), Mehrheitssozialisten 0 (im vorigen 1), Unabhängige 9 (im vorigen 10). Den 9 Abgeordneten der Mehrheitspartei stehen 9 Unabhängige gegenüber, zwischen welchen eine Demofrat Professor Hermann Anders-Krüger den Ausschlag geben wird. Die Beteiligung an der Wahl war bis zu 90 Prozent.

Der Gothaer Landtag hat im Revolutionsjahren und nachher noch viel erlebt gemacht. Er war das oberschlechte Beispiel dafür, daß es in einem Staat brücker und drüber geht, wenn im letzten Augenblicke des Abwärtens der Staat stehen. An parlamentarischen Systemen fehlte es nicht. Sie hatten im Reich ein gutes, und vorgezeichnet die anderen Parteien auf das schlimmste. Es ist ja noch bekannt, wie sie das parlamentarische reformierten, wie sie das Verändern und den Weg des Veränderungs einzuengen und wie sie sich bei den Wahlen zu setzen wollten, zu Recht und Ordnung. Gotha hat im nächsten Jahr hinter sich. Die Kräfte dieser Sozialisten sind gegen sich bei diesen Wahlen. Der Bürger hat es nicht, sich von einer Wiederwahl terrorisieren zu lassen, die über den Wandel bringt, als auf die Geißel der Wähler. Für die kommenden Wahlen im Jahre ist das ein gutes Zeichen. Es ist kaum mehr davon zu zweifeln, daß das deutsche Bürgerrecht zur Bestimmung gekommen ist. Die Frage an die Demokraten in Gotha, die dort nur einen einzigen Sitz bezuhen können, ist die Bestimmung für ihre spätere Politik und ihren Kampf im Bürgerkrieg.

Frankreich und der Friedensvertrag

Paris, 31. Mai.
In der französischen Presse liegen ausführliche Berichte und verschiedene Mitteilungen über die letzte Kammerung der Frage der endgültigen Festlegung der deutschen Kriegsschuld im geltend war. Der Ministerpräsident Millerand hat in seiner Eröffnung auf die Antwort der Freunde Clemenceaus eine offene Kritik des Versailler Vertrages vertrieben, aber festgestellt, Frankreich werde mehrmals niemals einen Centimes erhalten, wenn es sich an den Vertrag des Friedensvertrages hängen wolle. Der „Liberateur“ sagt das Ergebnis der Stabsprobe über die Lösung der endgültigen Summe zusammen, indem er feststellt, daß Clemenceau selbst einen feierlichen Schwur geleistet hat, als er sich während der Friedensverhandlungen verpflichtet hat, die 14 Forderungen des 19. März zu bringen. Wilson, so heißt das Blatt aus, stellte als Grund dafür, daß die Sieger nur Anspruch auf Betrag des Kriegsschulden haben sollen. Hätte Clemenceau diesen Schwur nicht angenommen, so hätte nur Frankreich mit Belgien Anspruch auf Entschädigung gehabt. Die französische öffentliche Meinung ist über die Bestimmung gebracht worden, die durch die Bestimmung der deutschen Schuld, Clemenceau hat sich wieder durch diese von Wilson vorgelegene Forderungsbuch zu erlauben. Er verlangte, daß nicht nur der

Schuldener gutgemutet werde, sondern auch der Besonderen. Clemenceau merkte nicht, daß alle Bundesgenossen Frankreichs den gleichen Verhältnissen erlitten haben und also ebenfalls Anspruch erheben könnten die Kriegsschulden auf Deutschland abzumäßen. Es entging Clemenceau vollständig, daß Deutschland niemals eine bezugsfähige Schuld abtragen könnte, aber Lloyd George durchschaute die Schlinge vom englischen Standpunkte aus und ließ Clemenceau den Willigen Grund wissen, nachdem Frankreich, dessen Interessen er in erster Linie wahrnahm, nicht befähigt. Diese Erklärung bewies, daß ein Staatsmann, der die Eigenschaften besitzt, um einen Krieg zum gegenseitigen Nachteil zu bringen, fernerhin verlangen kann bei der finanziellen Regelung des Sieges.

h. Wafel, 31. Mai.
Der „Matin“ meldet über die Vorbereitung der internationalen Anleihe für Deutschland, daß Deutschland Sicherheit und Forderungen zu geben habe. Deutschland werde die Anleihe nicht für Zwecke verwenden dürfen, die von den Alliierten nicht getillt werden und auch nicht für die mit Verlust arbeitenden Betriebe des Reiches, auch nicht für Zuschüsse zum allgemeinen Staatshaushalt.

h. London, 31. Mai.
Ueber die Artungsverhandlungen des Völkerbundes verlautet, daß für alle Wächter Sonderverordnungen gemacht werden sollen, die der strategischen Lage des betreffenden Landes und seiner Umgebung Rechnung tragen.

Polens Uebergang an Polen

Warschau, 31. Mai.
Die oberste polnische Behörde meldet, wird am 1. Juni die endgültige Vereinigung der Polen angegliederten Teile der Provinz Posen mit Kongresspolen und Galizien erfolgen. Damit sind die Hoffnungen der Posener, in Anbetracht ihrer besonderen kulturellen Verhältnisse eine gewisse Autonomie innerhalb des polnischen Staates zu behalten, endgültig gescheitert.

Heftige Kämpfe der Bolschewisten

W. Prag, 31. Mai.
Dem Moskauer Kriegsbericht vom 30. Mai zufolge kämpften die roten Truppen südlich von Wilna noch immer auf der Linie Waj. Krutische an der Bahn Polotsk-Barschau bis zum Ort Waj. Der Besetzung der roten Truppen vor Wilna ist die rote Truppe bei der Wäschung der Ufa in die Wäschung an das linke Ufer der Wäschung geworfen zu sein. Am östlichen Ufer der Wäschung fand eine Kollision. Südlich Wilna, nordwestlich Wäschung, meldet der Moskauer Bericht mit feindlichen Streitern unternommene heftige polnische Gegenangriffe. Der letzte Angriff der roten Truppen betrug bis 30 Meilen südlich von der Station Wäschung an der Bahn Prostruro-Döschta vorzugehen zu sein. Derselben Kampfschemata zufolge hat sich die rote Truppe bei der überreichlichen Regierung gegen die Lieferung des Kriegsmaterials an Polen protestiert und mit Repressalien geantwortet. Gestrichen hat sich die rote Truppe gegen die polnische Regierung gegen die Durchführung von österreichischen Kriegsmaterial nach Polen protestiert erhoben. Folgende Regierung notifiziert: der Regierung von Wäschung haben Anerkennung durch die Regierung. Die Regierung hat sich verpflichtet, den polnischen Republik ein Kautionsgeld und umsofort alle Gebiete südlich des Weichsel bis Samarkanda.

Der „ostpreussische Rechtspuschk“

Die ostpreussischen Rätekreise rechtsstehender Kreise in Ostpreußen, die nach Ansicht der Unabhängigen auf einen großen Erfolg gegen die bestehenden Gewalten abzielen, hatten einen Vertreter der Unabhängigen Presse, den hochbegabten Herrn Oehme, veranlaßt, die Staatsregierung zu bitten, an Ort und Stelle den fürstlichen Dingen auf den Grund gehen zu dürfen. Herr Oehme erhielt denn auch vom Staatsminister Dr. Weismann durchgehend ein Empfehlungsschreiben, mit dem er sich nach Königsberg zum Staatsminister Dr. Weismann begeben sollte. Herr Oehme verfuhr ganz so, wie es in dem Namen der Reorganisation der Unabhängigen gegen die putschmäßige Rechte steht. Insbesondere leit Herr Weismann Wert darauf zu setzen, daß er nicht erfüllt habe, er hätte sich bei dem Ausbruch eines Notstandes, daß er ferner nicht auf den Gütern Maschinengewebe beschlagnahmt habe, daß er ferner nicht beauftragt habe, die Sicherheitspolizei reichlich nicht aus, und die Ordnung verhalte sich gleichwohl um. Mit anderen Worten: Die Unabhängigen trüben vor ihrem Urteil, selbst dem der Herr Oehme zurück, wenn es gilt, den polnischen Gewerkschaft etwas am Wege zu fassen.

Die Bedrohung von Leib und Leben und Eigentum der ostpreussischen Güterbesitzer hat nach verschiedenen gerichtlichen Nachrichten, die Herr Oehme lausen sind, einen in erster Linie Umfang angenommen, das bereits viele Güterbesitzer mit ihren Familien emigriert auf eine Flucht bedacht sind oder sogar ihre Güter verlassen haben. Es ist Pflicht der Regierung, sich hier nicht durch neue Unterlassungsfinden wie im Zuggebiet oder im Waldland zu betätigen.

Der Steuerzahlungswirrwarr

Die Frage des Abzugs von 10 Prozent des Arbeitslohnes als vorläufige Einkommensteuer sieht jetzt im Vordergrund des Interesses großer Kreise. Ueber den Wirrwarr bei der Steuerzahlung lesen wir in „Sozialistischer“ folgende bemerkenswerte Ausführungen:

Das Reich fürchtet die Steuerflucht. Nicht ohne Grund bei der Grundlosigkeit seiner Steuermaximierung. Um die Druckberger wenigstens mit dem Mindeste der Einkommensteuer zu erfassen, hat es dessen Erhebung den Arbeitgebern aufgebürdet. Ohne Entschädigung, vorerst sich. Eine erhebliche Sondersteuer.

Der Arbeitgeber, im weitesten Sinne des Wortes, hat seinem Bedienten 10 Prozent des beziehten Arbeitsentgeltes einbehalten, die Pflichtbedienten alle Summe inwohrt ihren Dienstherrn, der zehnjährigen Arbeiter wie die Stadt ihren Bürgermeister und das Reich seinen Reichsfiskus. Gehälter, Besoldungen, Löhne, Tantiemen, Gratifikationen kommen ebenso nur um 10 v. S. gestürzt in die Hand ihrer Empfänger wie die Wartegelder, Aufbehalten, Löhnen- und Waisenrenten und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- und Sachbezüge ist dabei regelmäßig mit dem Betrag anzugeben, der sich aus den Lohn- tarifvereinbarungen ergibt. Für diese einbehaltenen 10 v. S., die auf volle Mark nach unten abzurunden sind, hat nun der Arbeitgeber in eine Steuerart in ähnlicher Weise Steuermaximierung einzufließen und zu entnehmen, wie er das bei der Vermögensversicherung bereits hat überlassen. Die Steuerart muß sich der Arbeitnehmer für das Steuerjahr 1920 von der Steuerbehörde seines Wohn- oder Beschäftigungs- ortes ausstellen lassen. Fiskus berechnet — wie gewöhnlich — dafür nichts. Er kommt noch weiter entgegen: der Arbeitgeber darf auch beantragen, statt des „Lebens“ den einbehaltenen Lohnabzug dem Finanzamt durch Ueberweisung auf Postkonto- oder Bankkonto übermitteln zu lassen. Der Arbeitnehmer erhält in diesen Fällen eine Befreiungsschein.

Hat der Arbeitnehmer noch keine Steuerart, so bekommt sein Brotkauf die Steuermaximierung vorläufig auf. Die bekommt man bei den Postkonten.

Das Verfahren sieht — für den Fiskus — einfach genug aus. Es hat aber einen bösen Fehler. Die 10 v. S. stellen nämlich nicht den wirklichen Steuerbetrag dar oder doch nur in seltenen Fällen, sondern bedeuten nur eine vorläufige Abschlagszahlung.

Steuerpflichtig ist bei dem Betrag von 1500 M. übersteigende Zahl des steuerbaren Einkommens. Auch diese Grenze ist fließend. Je nach der Zahl der Unterhaltsberechtigten oder zum Haushalt gehörigen Personen erhöht sich der steuerfreie Betrag immer um 500 M. für die erste und um weitere 200 M. für die ferneren Personen dann, wenn der Steuerpflichtige nicht mehr als 10 000 M. Einkommen hat.

10 v. S. ist nun der Steuerbetrag nur für die ersten angefangenen oder vollen 1000 Mark des steuerpflichtigen Einkommens, für die nächsten 1000 Mark ist er bereits 11 Prozent, für die übrigen 22 Prozent und so fort.

Wird diesen 10 v. S. die ihm abgezogen werden, entrichtet der Steuerpflichtige also entweder zu viel oder aber zu wenig. Im ersten Falle erhält er eine Befreiung über den nicht verausgabten Wert der Steuermarken, die bei der nächsten Steuerzahlung angerechnet werden. Bleibt die vorausgeschickt das ganze Jahr unter 10 v. S. dann auch die Barriozahlung beantragt werden. Im anderen Falle muß er den fehlenden Betrag in bar oder Ueberweisung nachzahlen.

In beiden Fällen bleibt ihm nichts anderes übrig, als sich persönlich mit der Steuerart und den Marken zur Steuerbehörde zu begeben, während er bisher sich des Postkontos habiente. Bei der jetzigen Verfahren sind für viele namentlich Finanzgelehrte, betriebe eine Unmöglichkeit. Die Ausnahmefälle wird die vorhandenen Steuerbehalten zu überlassen, das man wird halbe Arbeitszeit opfern müssen, um seine Steuer anzubringen. Es sei denn, daß zwei Schichten auf den Steuerämtern eingeführt werden. Die Finanzämter sind bestmöglichst erst im Aufbau begriffen.

Weitere Unklarheiten ergeben sich aus der Vermittlung der neuen Säule und der neuen Form mit den alten landesrechtlichen Bestimmungen.

Die endgültige Veranlagung des Einkommens des Jahres 1920 erfolgt, wie übrigens früher ja auch, erst nach Ablauf des Kalenderjahres 1920. Nach der endgültigen Veranlagung erfolgt die endgültige Erhebung. Um aber bis dahin schon eine möglichst große Steuerimmunität aufweisen zu können, nimmt man jetzt die vorläufige Erhebung vor. Man ist dadurch genötigt, drei Kreise von Steuerpflichtigen zu unterscheiden.

Der Fiskus legt den neuen Steuerart aufgrund und verbietet ihm auf das bei der letzten Veranlagung zur Staats-einkommensteuer festgestellte Einkommen an. In die erste Gruppe der Steuerpflichtigen geraten nun diejenigen, die danach eine höhere Steuer entrichten müssen, als sie bisher

Stadterordnetungsfrage

Kinobebatte — Immer wieder Nachbewilligungen — Abermalige Kürzung der Zuckerration in Aussicht

Der selbstbestimmende Stadterordnetungsrat hat sich in seiner Sitzung und nach dem Mitteln, daß von dem Rat der Stadterordneten, sowie von den Mitgliedern der Kinobebatte eine Proteste gegen die Aufrechterhaltung der Kinobebatte in der Stadt zu erwarten sind. Es wird vorgeschlagen, den Stadterordnetenrat aus dem Bereich der Kinobebatte zu lösen. Die Kinobebatte ist ein Gebiet, das von dem Stadterordnetenrat als ein Gebiet der Kinobebatte erklärt worden ist. Die Kinobebatte ist ein Gebiet, das von dem Stadterordnetenrat als ein Gebiet der Kinobebatte erklärt worden ist. Die Kinobebatte ist ein Gebiet, das von dem Stadterordnetenrat als ein Gebiet der Kinobebatte erklärt worden ist.

sehr gelassen. Als nun klar wurde, daß der militärische Flugplatz nicht bestehen bleiben konnte, ist wiederholt der Wunsch zum Ausdruck gekommen, einen Flugplatz zu errichten, so daß es ein Hauptanliegen der Stadtverwaltung ist, auch ein wichtiger Punkt für die Ausschüsse zu werden. In diesem Sinne hat der Magistrat sich demnach bemüht und die nötige Fälligkeit mit dem nachgeordneten Stellen gehalten. Nennungs ist der Verein „Flug und Gaser“ gebildet, in dem die Interessen an dem Flugplatz zusammengefaßt sind. Der Verein besteht bezüglich der ordentlichen Mitglieder aus zwei Gruppen: Gruppe 1: Helfer von Flug- und Landungsplätzen; Gruppe 2: Aufwachtürnensgruppen.

Für die Stadt Halle wurde der Beitritt in Gruppe 1 in Frage. Reichlich gehört der Stadtgemeinde von dem Flugplatz nur das Gelände, sie kann also nicht die in § 3 der Satzung genannte Wohnung erfüllen, falls sie über einen festgelegten Landungs- und Aufstiegsplatz verfügt. Da auch andere Städte, die militärische Flugplätze haben, nicht eingetragene sind, so Anmeldeformular ist gemäß, daß Schritte zur Erfüllung der Bedingungen eingeleitet sind, wozu der Aufnahme der Stadt in den Verein nicht entgegensteht. Ebenfalls will der Magistrat die Fälligkeit der Stadt für den Beitritt prüfen, indem er in unmittelbarer Nähe von Halle nicht zu finden, jedenfalls nicht in nächster Nähe. Wochensitzungen sind deshalb, wenn es überhaupt möglich, an dem Flugplatz für Halle zu erhalten. Wochensitzungen sind deshalb, wenn es überhaupt möglich, an dem Flugplatz für Halle zu erhalten.

Halle und Umgebung

Gesellschaftliche Sitzung der Kantgesellschaft
Der jährliche Festabend der Kantgesellschaft, der Kurator der Universität Halle-Wittenberg, gipfelt bei Oberbürgermeister Dr. med. h. c. Heese, brachte die glücklich erschienenen Anwesenden und dankte ihnen für ihr Kommen. Die alljährlich stattfindende Mitgliederversammlung wurde durch den Geschäftsführer Ernst Jäger für die Jahresrechnung 1914, 1916, 1917, 1918, die in den Kantstudien abgelehrt worden sind. Darauf folgte die Entlastung für die Jahresrechnung von 1919. Die Sitzung mit einer Teilnahme von 47 569,32 Mark und mit einer Ausgabe von 47 074,38 Mk.

Nationaler Ferienbericht
Die großen Ferien stehen vor der Tür. Nur wenige Eltern werden ihren Kindern die ihnen jetzt so nötige Erholung und Auflockerung verschaffen können. Soll aber unser Vaterland aus den Wäldern der Gegenwart herauskommen, so muß jeder an seinem Plage für die Erhaltung der Fremdenverkehrs- und Jugendvereine im Heimatland das Beste tun. Die Nationalen Jugendvereine sind ein nationaler Schatz und ein wertvoller Beitrag zur nationalen Erneuerung. Die Nationalen Jugendvereine sind ein nationaler Schatz und ein wertvoller Beitrag zur nationalen Erneuerung.

Sammler-Nachrichten
Veranstaltungen: Riebel, Riebel und Martin König. Zusammenkünfte: Am 20. Mai 1915. Zusammenkünfte: Am 20. Mai 1915. Zusammenkünfte: Am 20. Mai 1915.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

